

Wahl! Kampf! 1919 – 1930

Vor 90 Jahren begann mit der ersten wirklich allgemeine und gleiche Wahl in der Republik Österreich das Wahlkampf-Zeitalter.

Am 21. Oktober 1918 traten die im Jahr 1911 gewählten Abgeordneten aller deutschsprachigen Gebiete des österreichischen Teiles der Donaumonarchie als „provisorische Nationalversammlung von Deutschösterreich“ zusammen. Nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns im November 1918 war die Entscheidung über die Staatsform rasch getroffen: Sowohl die Arbeiterschaft als auch die durch den Krieg schwer getroffene Landbevölkerung hatten jedes Vertrauen in die Monarchie verloren. Am 12. November 1918 stimmten daher neben den Sozialdemokraten und Großdeutschen auch die Abgeordneten der bis dahin als kaisertreu geltenden Christlichsozialen für die Republik. Nun musste die Volksvertretung selbst aber noch demokratisch-republikanisch legitimiert werden, wobei erstmals auch Frauen das gleiche aktive und passive Wahlrecht wie Männer ausüben können sollten. Im Gesetz vom 12. November wurden daher Wahlen zu einer „konstituierenden Nationalversammlung“ angeordnet. Sie fanden am 16. Februar 1919 statt, obwohl die Grenzen des Landes noch gar nicht feststanden. In den von Österreich beanspruchten aber von italienischen, jugoslawischen oder tschechischen Truppen besetzten deutschsprachigen Gebieten Südtirols, der Untersteiermark, Böhmens und Mährens verhinderten die Besatzungsmächte die Teilnahme an der Wahl. Die neu gewählte „konstituierende Nationalversammlung“ Österreichs trat am 4. März 1919 erstmals zusammen – ohne Abgeordnete der besetzten Gebiete. Deshalb wählten tausende Menschen der deutschsprachigen Gemeinden Böhmens und Mährens diesen Tag, um gegen die offensichtliche Einvernahme durch den tschechischen Staat und für ihr nationales Selbstbestimmungsrecht zu demonstrieren. Militär eröffnete in mehreren Städten das Feuer, unter der wehrlosen Bevölkerung waren 54 Tote und 750 Verwundete zu beklagen.

In den elf Jahren von 1919 bis 1930 fanden fünf von aggressivsten Wahlkämpfen geprägte Wahlen auf Bundesebene statt. Trotzdem konnte keine Partei eine absolute Mehrheit erringen. 1919 wurden die Sozialdemokraten stärkste Partei, 1920 und 1923 gelang dies den Christlichsozialen, 1927 konnte eine knappe bürgerliche Mehrheit nur noch durch ein Wahlbündnis der Christlichsozialen mit den Großdeutschen – der „Einheitsliste“ – gesichert werden. 1930 erzielten die Sozialdemokraten wieder die Stimmenmehrheit, blieben aber mangels Koalitionspartner in Opposition. Diese Wahl sollte bis 1945 die letzte demokratische in Österreich gewesen sein. Die beherrschenden Wahlkampfthemen änderten sich nur wenig, der Ton und die Bilder wurden immer schärfer. Für die Sozialdemokraten stand die Kriegsschuldfrage, die Beseitigung der monarchistischen Gesellschaftsordnung, der Anschluss an Deutschland sowie die Sicherung des sozialen Standards im Vordergrund. Die Christlichsozialen schürten vor allem die bürgerliche Angst vor bolschewistischen Zuständen wie in Russland und präsentierten sich als wertkonservative Partei. Die Deutschnationalen waren mit den Sozialdemokraten einig im Anschlusswunsch an Deutschland, lehnten aber den Einfluss der römisch-katholischen Kirche auf Staat und Gesellschaft genauso ab wie die sozialistische Gesellschaftsordnung. Nicht nur Christlichsoziale und Deutschnationalen verwendeten antisemitische Parolen und Feindbilder, auch die Sozialdemokraten verknüpften Judentum mit zu bekämpfendem Kapitalismus. So arbeiteten alle den Verhetzern in die Hände. Zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen entwickelte sich ein Kulturkampf um Schule, Familie und Ehe. Während die Sozialisten ab 1923 auf ihre erfolgreichen Reformen in Wien verwiesen, wurden sie von den Christlichsozialen, die sich die Währungssanierung auf die Fahnen schrieben, als maßlose Steuereintreiber dargestellt. Der Wahlkampf 1927 stand ganz im Zeichen des Mieterschutzes, den die Christlichsozialen lockern, die Sozialdemokraten als wichtige soziale Errungenschaft unbedingt beibehalten wollten.

Im Sommer 1927 sprach ein Geschworenengericht jene Todesschützen frei, die in Schattendorf einen Angehörigen des sozialdemokratischen Schutzbundes und einen Buben erschossen hatten. Als Reaktion auf das Fehlurteil setzte eine unkontrollierbare Demonstrantenmenge den Justizpalast in Brand, die Polizei eröffnete das Feuer und tötete 97 Menschen, über tausend wurden verletzt. Die Ereignisse waren noch im Wahlkampf 1930 dominierendes Thema: die Angst vor bolschewistischen Putschversuchen und Brandstiftung versus die Erwartung des Bürgerkrieges gegen die Arbeiter. In dieser aufgeheizten Situation konnten auch die gemeinsame Liste des Landbundes und der deutschnationalen unter dem Wiener Polizeipräsidenten, Ex-Minister und Ex-Bundeskanzler Dr. Johannes Schober punkten. Die als eigener Block angetretene Heimwehr verfehlte ihr Ziel eklatant. Die Bundesverfassung von 1929 sah erstmals die Volkswahl des Bundespräsidenten vor. 1931 sollte es soweit sein, doch die Parteien beschlossen nochmals eine Wahl durch die Bundesversammlung, um einen teuren und weiter polarisierenden Wahlkampf zu vermeiden. Diese entschied am 9. Oktober

für den christlichsozialen Amtsinhaber Dr. Wilhelm Miklas und gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Karl Renner.

Parallel zur Verelendung weiter Bevölkerungsteile durch die Weltwirtschaftskrise begann ab 1930 der Aufstieg der NSDAP. In Deutschland entwickelte sie sich innerhalb dreier Jahre von einer Splittergruppe zur stärksten Partei. Auch in Österreich war sie 1930 noch völlig unbedeutend, vervielfachte aber in Gemeinderats- und Landtagswahlen ab 1932 sprunghaft ihren Wähleranteil. Nachdem im Deutschen Reich Adolf Hitler als Obmann der stimmenstärksten Partei am 31.1. 1933 mit dem Amt des Reichskanzlers betraut worden war, fürchtete Bundeskanzler Dollfuß eine ähnliche Entwicklung auch für Österreich. In dieser Situation lehnten die Sozialdemokraten ein Koalitionsangebot von Dollfuß ab, weil sie auf den Zusammenbruch der bürgerlichen Regierung warten wollten. Darüber hinaus geriet Dollfuß immer mehr unter Druck der Heimwehrführer Starhemberg und Fey, vor allem aber des seit 1925 offen diktatorisch regierenden italienischen Ministerpräsidenten Benito Mussolini, die auf eine Beseitigung der Mehrparteiendemokratie in Österreich drängten. Am 4. März 1933 waren alle drei Nationalratspräsidenten aus abstimmungstaktischen Gründen zurückgetreten, wodurch der Nationalrat formell handlungsunfähig wurde. Dollfuß nahm diese Lücke in der Geschäftsordnung des Nationalrates zum Vorwand, das Parlament als „selbst ausgeschaltet“ zu erklären und ließ die Abgeordneten an einem weiteren Zusammentreten durch Polizei hindern. Auch Gemeinderats- und Landtagswahlen wurden verboten. Notverordnungen aufgrund des „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ von 1917 ersetzten parlamentarisch zustanden gekommene Gesetze. Damit endete die parlamentarisch-demokratische Phase der Ersten Republik.

Bis in den Zweiten Weltkrieg war Papier war das einzige Massenmedium und daher der wichtigste Werbeträger. Gerade Wahlplakate und Flugzettel jener Jahre führen die immer tiefer werdende Kluft zwischen den Parteien, den stetig wachsenden Antisemitismus und den immer radikaleren Klassenhass drastisch vor Augen. Für die Wahlwerbung wurden aber auch bedeutende Künstler gewonnen. So sind diese Plakate nicht nur Informationsquellen und Propagandainstrumente – sie sind oft auch Kunstwerke von Rang.

Mandatsverteilung in den Wahlen vom	16.2.1919	17.10.1920	21.10.1923	24.4.1927	9.11.1930
Sozialdemokraten	72	69	68	71	72
Christlichsoziale zusammen	69	85	82	73 *)	66
Christlichsoziale	47				
Niederösterreichischer Bauernbund	12				
Tiroler Bauernbund	3				
Tiroler Volksverein	7				
Heimatblock (Heimwehr außer W und NÖ)					8
Deutschnationale	8				
Großdeutsche Volkspartei		21		12*)	
Verband der Großdeutschen			10		
Tschechoslowaken	1				
Deutschdemokraten	3				
Deutsche Volkspartei	2				
Deutsche Freiheits- und Ordnungspartei	5				
Bürgerliche Demokraten (1919)	1	1			
Bürgerliche Arbeiterpartei (1920)					
Steirische Bauernpartei	3				
Landbund			5	9	
Nationale Wirtschaftspartei und Landbund (Schoberblock)					19
Deutschösterreichische Bauernpartei		7			
Kärntner Bauernbund	2				
Deutschvölkischer Wahlausschuss	1				
Demokratische Ständevereinigung	1				
Freiheitlicher Salzburger Bauernbund	1				
Jüdischnationale	1				
Gesamt	170	183	165	165	165

*) kandidierten gemeinsam als „Einheitsliste“

© 2008 by Erik Eybl; Alle Rechte vorbehalten.

erik.eybl@aon.at; Homepage: www.plakatmuseum.at